

Schriftenreihe zur EUROREGION ELBE / LABE

Teil 1

**Visionen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Gründungsphase der
EUROREGION ELBE / LABE**

Herausgeber:

EUROREGION ELBE / LABE

Kommunalgemeinschaft Euroregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge e.V.

Sitz der EEL

Emil-Schlegel-Straße 11

01796 Pirna

Tel.: +49 3501 520 013

Fax: +49 3501 527 457

e-mail: euroregion.elbe-labe@t-online.de

Internet: <http://www.oberelbe.de/euroregion>

Autor: Dipl.-Stw. Christian Preußcher, Geschäftsführer der EUROREGION ELBE/LABE

1999

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Einleitung	5
1. Visionen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Gründungsphase der EUROREGION ELBE / LABE	9
2. Die Beziehungen zwischen Sachsen und Böhmen im Wandel der Geschichte	9
3. Der politische Umbruch in den ehemaligen Ostblockstaaten	16
4. Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Assoziierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik	16
5. Die Gründung der EUROREGION ELBE / LABE und die Vorstellungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf Kommunal- und regionaler Ebene	18
Publikationen der EUROREGION ELBE / LABE	22

Vorwort

Die EUROREGION ELBE / LABE, am Ostrand der EU-Außengrenze zur Tschechischen Republik gelegen, wurde am 14. Juni 1992 gegründet. Sie folgte damit Beispielen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, wie sie seit den 50iger Jahren in Westeuropa bekannt sind.

Mit dem Beginn der Erarbeitung einer Schriftenreihe zur EUROREGION ELBE /LABE soll der Weg der Gründung und der Entwicklung dieser Euroregion aufgezeichnet werden.

Es ist vorgesehen, verschiedene Themen dieser Entwicklung darzustellen und sie der Öffentlichkeit später in einer Gesamtdarstellung zugänglich zu machen. Themen dieser Darstellung werden neben den Visionen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Gründungsphase der EUROREGION ELBE / LABE, die Entwicklung der Rechtsgrundlagen für eine grenzübergreifende Zusammenarbeit an der deutsch – tschechischen Grenze , institutionelle Aspekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die Möglichkeiten öffentlicher Förderungen sowie die Ergebnisse der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in der EUROREGION ELBE / LABE sein. Ein Ausblick auf den Arbeitszeitraum der Jahre 2000 bis 2006 sowie die Veröffentlichung von grundsätzlichen Dokumenten für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der EUROREGION ELBE / LABE werden diese Darstellung ergänzen.

Für Kritiken sowie Vorschläge zu Änderungen und Ergänzungen der vorliegenden und der in nächster Zeit erscheinenden Teile dieser Schriftenreihe, die in der Gesamtdarstellung Berücksichtigung finden könnten, wäre der Autor, insbesondere aus den Reihen der regionalen und kommunalen Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der EUROREGION ELBE / LABE, sehr dankbar.

Christian Preußcher

Einleitung

Grenzen sind Narben der Geschichte, die insbesondere den Grenzregionen erhebliche Nachteile bringen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit soll helfen, solche Nachteile auszugleichen und die Lebensbedingungen der in diesen Gebieten lebenden Menschen zu verbessern.¹ So ist es nicht verwunderlich, daß der insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg begonnene Einigungsprozeß Europas seit Beginn der 50er Jahre vor allem auch von Grenzregionen und den in ihnen wirkenden Politikern ausging. Im westlichen Europa haben sich daraufhin eine Menge Initiativen entwickelt, die zur Abschwächung der Staatsgrenzen zu Verwaltungsgrenzen und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung in den Grenzgebieten führen sollen. So sind grenzüberschreitende Regionen im Laufe der Zeit vornehmlich an den Binnengrenzen der Europäischen Gemeinschaft entstanden (z.B. die EUREGIO an der deutsch – niederländischen Grenze). Auch an einigen westeuropäischen Außengrenzen entstanden grenzüberschreitende Regionen, wie z.B. die Regio Basiliensis, an der Grenze zwischen Deutschland, der Schweiz und Frankreich. Somit kommt den Grenzregionen im europäischen Einigungsprozeß eine bedeutende Rolle zu, „weil sie das geeinte Europa auf praktischer Ebene bereits vorwegnehmen.“² In diesen Regionen arbeiten Städte, Gemeinden und Landkreise bzw. vergleichbare kommunale und regionale Strukturen über die Grenzen hinweg zusammen. Häufig sind die Sozialpartner, Berufsverbände und Kammern in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit aktiv eingebunden. Die Europäische Kommission unterstützt so weit wie möglich diese Arbeit.

Seit Jahrzehnten bemüht sich der Europarat über die ihm angehörenden nationalen Regierungen mit Vorschlägen und Empfehlungen die bestehenden Grenzprobleme zu lösen. Auch das Europäische Parlament hat sich oft mit der Grenzproblematik und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beschäftigt und insbesondere mit

¹ vgl. Präambel der „Europäischen Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen“ i.d.F. vom 01.12.1995

² Wulf – Mathies, M.: Interview, In: AGEGL/LACE magazin Nr. 1, Gronau 1998, S. 24

seinen Entscheidungen in den letzten 10 Jahren Voraussetzungen für eine europäische Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geschaffen.

Alle diese europäischen Bemühungen endeten jedoch bis 1989 an den Grenzen zu den ehemaligen „Ostblockstaaten“. Erst die „friedliche Revolution“ in Mittel- und Osteuropa bot Möglichkeiten einer tatsächlichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowohl mit westeuropäischen Ländern als auch innerhalb der ehemaligen kommunistischen Länder Osteuropas. Denn, nicht nur der „Eiserne Vorhang“ entfremdete die Menschen in den Grenzgebieten (z.B. zwischen dem deutschen Bundesland Freistaat Bayern und der damaligen CSSR) und rief völlig unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen mit dem Ergebnis eines unübersehbaren Wohlstandsgefälles hervor, auch zwischen den „sozialistischen Bruderländern“ gab es trotz „verordneter Freundschaft“ eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor allem zwischen den Städten, Gemeinden und Landkreisen im unmittelbaren Grenzbereich nach sich herausgebildeten europäischen Definitionen nicht.

Gabbe und v. Malchus³ nennen vor allem fünf Gründe, die zu einer Verbesserung der Voraussetzungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Mittel- und Osteuropa geführt haben:

1. der weltweite Entspannungsprozeß in Verbindung mit den vielfältigen Abrüstungsvereinbarungen zwischen den Großmächten;
2. das Entstehen eines großen europäischen Binnenmarktes der Europäischen Gemeinschaft (EG) in Verbindung mit den Beitrittsgesuchen und Assoziierungsgesuchen einiger europäischer Nachbarländer sowie die Verhandlungen zwischen EG und EFTA über die Festlegung von Richtlinien für einen europäischen Wirtschaftsraum (EWR – Abkommen);
3. die friedliche Freiheitsrevolution in Mittel- und Osteuropa, vor allem ausgehend von Polen, der CSFR und Ungarn, aber auch mit den Ansätzen in den Baltischen Staaten;

³ Gabbe, J., von Malchus, V.: „Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an der Deutsch – Polnisch – Tschechischen Grenze – Entwicklungsstand, Perspektiven und Forderungen“ AGE G Gronau. 1992, S. 4

4. der Durchbruch und Abriß der Berliner Mauer, der zur deutschen Vereinigung in Freiheit führte;
5. die mit diesen Entwicklungen eng verbundene, neue Geographie und Politik in Mittel-, Ost- und Gesamteuropa.

Vor diesem Hintergrund entstanden Anfang der neunziger Jahre unter anderem entlang der östlichen Grenze der Bundesrepublik Deutschland zu Polen und der Tschechischen Republik insgesamt acht derartiger Grenzregionen. Es sind dies die Euroregionen „Pomerania“, „Viadrina“, „Spree-Neiße-Bober“, „Elbe/Labe“, „Erzgebirge“, „Egrensis“ und „Bayrischer Wald/Böhmerwald“ (vgl. Abb. 1).

Am 24. Juni 1992 wurde die EUROREGION ELBE / LABE gegründet. Diesem Gründungsakt vorausgegangen waren die Konstituierungen von zwei Kommunalgemeinschaften, dem „Klub Euroregionu Labe“ auf tschechischer Seite und der „Kommunalgemeinschaft Euroregion Oberes Elbtal / Osterzgebirge“ e.V. auf deutscher Seite. Damit hatten sich Städte, Gemeinden und Landkreise in Teilen Nordböhmens, der Sächsischen Schweiz, weiteren Teilen des oberen Elbtales sowie des Osterzgebirges zusammengefunden, um die Idee, wie auch in allen anderen Grenzregionen, zu verfolgen, Vertrauen und Zusammenarbeit zu fördern und zu gestalten sowie grenzüberschreitende Entwicklungen in allen Lebensbereichen zu unterstützen.

Heute gehören der EUROREGION ELBE / LABE auf deutscher Seite die Landkreise Meißen, Sächsische Schweiz, Weißeritzkreis und die Landeshauptstadt Dresden an. Mitglieder im tschechischen Teil der Region sind die Städte und Gemeinden der Landkreise Usti nad Labem (Außig an der Elbe), Teplice (Teplitz – Schönau) und Litomerice (Leitmeritz) sowie zum Teil des Kreises Decin (Tetschen – Bodenbach). Die EUROREGION ELBE / LABE hat damit eine Flächenausdehnung von rund 5.500 Quadratkilometern auf denen ca. 1,5 Millionen Menschen leben.⁴

⁴ vgl. Geschäftsbericht der EUROREGION ELBE / LABE – Pirna / Usti n.L. 1996, S.3

1. Visionen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Gründungsphase der EUROREGION / LABE

In der bereits seit Jahrhunderten währenden Geschichte des Zusammenlebens von Deutschen, Polen, Tschechen und Slowaken im Herzen Europas gibt es neben Konfrontationen, Konflikten und Kämpfen ebenso vielfältige und fruchtbare Beziehungen der Menschen und der Wirtschaft, der Kultur und durch Verkehrsverbindungen, die in verschiedenen Zeitabschnitten dieser Geschichte zu lebendigen Formen der Zusammenarbeit geführt und gegenseitige schöpferische Beeinflussungen hervorgerufen haben. An diese guten Traditionen gemeinsamer Geschichte anknüpfend und ausgehend von den modernen Erfordernissen zur Gestaltung des Zusammenlebens in einem sich einigenden Europas an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert sowie getragen von dem Willen im Geiste guter Nachbarschaft die freundschaftliche Zusammenarbeit auszubauen, wurden nach den politischen Veränderungen in Osteuropa unter anderem auch die Freundschaftsverträge zwischen Deutschland und Polen (1991) und der CSFR (1992) geschlossen. Sie sollen helfen, die nationalen, politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze zu überwinden. Diesen Zielstellungen fühlen sich auch die Euroregionen im Rahmen der regionalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verpflichtet.

2. Die Beziehungen zwischen Sachsen und Böhmen im Wandel der Geschichte

Der Fluß Elbe, der auch der EUROREGION ELBE/LABE seinen Namen gab, bildet seit der Urzeit die natürliche Verbindungslinie zwischen Böhmen und Sachsen. Die ersten Kontakte sind im Zusammenhang mit archäologischen Funden im Gebiet von Usti nad Labem aus der Zeit neolithischer Kultur mit der Linearbrandkeramik nachzuweisen, die eher an die sächsische als an die böhmische Linearbrandkeramik erinnern.⁵ In der früheren Bronzezeit entstanden im Gebiet von Sachsen und Böhmen, wie in anderen mittel- und nordeuropäischen Gebieten mit Erzvorkommen und entlang der Handelswege, verschiedene, miteinander in Verbindung stehende

⁵ vgl. Cvkova, M. „Labske udoli v praveku a ranem stredoveku“, Zusammenfassung, In: Cesky a Sasko v promenach dejin – Sachsen und Böhmen im Wandel der Geschichte, Sammelband von Beiträgen der Konferenz, die vom 10. -11-11-1993 in Aussig an der Elbe stattfand, Universita J.E. Purkyne Usti nad Labem 1993, S. 313

Kulturzentren. In dieser Zeit drang auch die Lausitzer Kultur aus Sachsen elbaufwärts. In der Folge entstand das Siedlungsnetz von Decin bis zum Gebiet von Litomerice und längs des Flusses Bilina bis ins Gebiet von Teplice. Erst am Ende der Völkerwanderung kamen slawische Stämme nach Böhmen und besiedelten ab dem 8. Jahrhundert das Gebiet mit.

Das eigentliche Siedlungsgebiet der Sachsen erstreckt sich von der Elbe und nördlich von ihr bis zum Niederrhein, nach Hessen und nach Thüringen. Nach zwischenzeitlicher Eingliederung in das Frankenreich entstand Ende des 9. Jahrhunderts ein neues sächsisches Stammesherzogtum. Im Ergebnis eines deutschen Kriegszuges im damals slawisch besiedelten Gebiet östlich der Elbe – Saale – Linie wurde 929 der Burgwart Meißen gegründet. Als Kerngebiet Sachsens entwickelte sich so die Mark Meißen. Aus bisherigen slawischen Siedlungen begannen Mitte des 12./ Anfang des 13. Jahrhunderts die Städtegründungen (Leipzig, Freiberg, Dresden).

Natürlich richteten sich territoriale Interessen böhmischer Herrscher auf Gebiete, die an Böhmen angrenzten. Dazu zählten auch die Gebiete des Meißner Landes, des Pleißenlandes, des Vogtlandes und der Oberlausitz.⁶ So fielen unter anderem Mitte des 11. Jahrhunderts das sogenannte Gau Milska (Provincia Budyssinensis – später Oberlausitz) und ein Teil des Elbtales, das sogenannte Gau Nisani, zusammen mit der Burg Dohna (Donin) an die böhmische Königskrone. Damit gehörte seit altersher ein kleiner Landstreifen am linken Elbufer zum Königreich Böhmen. Dort wurde Anfang des 13. Jahrhunderts die Festung Königstein gegründet. Schließlich erwarb der böhmische König 1294 die strategisch wichtige Stadt Pirna. Mitte des 15. Jahrhunderts erlitten jedoch böhmische Besitze in Sachsen herbe Verluste. Viele der Güter mußten verpfändet und verkauft werden. Auch nach der sogenannten Dohnaschen Fehde wurden Dohna, Pirna und Königstein verloren. Doch auch danach waren die Kontakte sowohl wirtschaftlicher als auch kultureller Art zwischen Böhmen und Sachsen intensiv. Besonders im 16. Jahrhundert kamen Adelsfamilien aus Sachsen nach Nordböhmen, die dort bis zur Schlacht am Weißen Berg lebten. Umgekehrt banden Kontakte den böhmischen Adel seit dem 15. Jahrhundert an

⁶ vgl. Bobkova, L. „Sasko v teritorialni politice ceskych kralu do roku 1459“, Zusammenfassung, In: Cechy a Sasko v promenach dejin – Sachsen und Böhmen im Wandel der Geschichte, a.a.O., S. 63 ff

Sachsen, wie aus Dokumenten regionaler Archive nachzuweisen ist.⁷ Eine bedeutende Rolle spielen dabei Themen der Verkehrsverbindungen (Straßen- und Eisenbahnbau), der Textilindustrie und des Bergbaus. Ungeachtet dessen, kann man von dieser Zeit aus von einer sich herausbildenden alten stabilen Grenze in Mitteleuropa sprechen.

So war ein nicht unbedeutender Teil des Grenzgebietes Böhmens seit dem Mittelalter von einer deutschsprachigen Bevölkerung besiedelt. Sie stammte aus verschiedenen deutschen Stämmen und Ländern. Die deutsche Sprache und Kultur hatte in den meisten Städten des tschechischen Siedlungsgebietes entsprechenden Einfluß. Eine nach 1860/61 einsetzende Tschechisierung und der sprunghafte Anstieg tschechischer Minoritäten war dem Zufluß billiger Arbeitskräfte für den Bergbau und der sich entwickelnden Industrialisierung geschuldet. Während einerseits trotz dieser Entwicklungen ein ungestörtes Zusammenleben durch zahlreiche Mischehen und vielfältige Handelsbeziehungen bestätigt wurde, spitzte sich andererseits im Zusammenhang mit bestimmten Problemkreisen, z.B. der Forderung nach Minderheitenschulen, ein Nationalitätenkonflikt zu. „Auf lokaler Ebene kam es auf beiden Seiten zu einer beispiellosen Vergeudung der Geistes- und Organisationskräfte, aber zu den (positiven) Ergebnissen der tschechisch – deutschen Auseinandersetzungen gehörte auch das dichteste Schulnetz und eine hervorragende heimatkundliche Aktivität.“⁸ So wurden traditionelle pränationale Kontakte über die Landesgrenzen hinweg durch den Nationalitätenkonflikt zwar beeinflußt, jedoch in keiner Weise zerstört. Waren auch mehr deutsche Industrielle, Handwerker, und Kaufleute aus Böhmen an den Handelsbeziehungen mit den Nachbarländern, insbesondere auch Sachsen, beteiligt, so hatte dennoch die grenznahe böhmische Bevölkerung ihren Anteil an Handel und Schmuggel. Darüber hinaus konnte man in vielen Städten Niederschlesiens, Sachsens und Bayerns tschechische Schneider, Schuster, Maurer und Handwerksgesellen antreffen. Auch Besucher katholischer Wallfahrtsstätten, sächsische und tschechische evangelische und sozialdemokratische Organisationen entwickelten rege Grenzkontakte.

⁷ vgl. Bystricky, V., Jiru, R., Pelant, J., Vanova, L., Waska, K., „Prameny k dejinam Saska ve Statnim oblastnim archivu v Plzni“, Zusammenfassung, In: Cechy a Sasko v promenach dejin – Sachsen und Böhmen im Wandel der Geschichte, a.a.O., S. 112

⁸ vgl. Koralka, J., „Cesti an Nemci v novodobne stredni Evrope: rozdilne dimenze jejich vztahu“, Resümee, In: Cechy a Sasko v promenach dejin – Sachsen und Böhmen im Wandel der Geschichte, a.a.O., S.45 f

Einer der wichtigsten gemeinsamen Kontakte zwischen Sachsen und Böhmen stellt der Verkehr auf der Elbe dar.⁹ Insbesondere bis zum I. Weltkrieg wurde ein Großteil des Warenaustausches zwischen Böhmen und Deutschland auf dem Wasserweg vollzogen. Die bedeutendste Entwicklungsperiode der Elbeschifffahrt lag in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts. In dieser Zeit stieg der Bedarf an Roh- und Brennstoffen infolge der Industrialisierung auf ein vielfaches an. So mußte die Elbeschifffahrt technisch, technologisch und strukturell umgestaltet werden. Es entstanden die Kettenschifffahrt und große Dampfschifffahrtsgesellschaften. Rasant wuchs hauptsächlich der Export von Braunkohle, Holz und später auch von Zucker aus Böhmen. Im Gegenzug wurden Dünger, Roheisen, Samen und weitere Waren über Deutschland importiert. In diesem Zusammenhang mußten auch einige mit der Schifffahrt verbundene Probleme einer Lösung zugeführt werden. Diese bezogen sich insbesondere auf die Spezifik der Elbe zugeschnittenen Möglichkeiten des Transports entsprechender Tonnagen, auf Hafenanlagen sowie Zollangelegenheiten oder auch auf wirtschaftliche Aspekte der Schifffahrt. Daran beteiligt waren stets Interessenorganisationen der Elbeschifffahrt auf beiden Seiten der Grenze.

Ungeachtet der deutschen Besiedlung war das Zahlenverhältnis der Tschechen im Königreich Böhmen günstiger als für die dort ansässigen Deutschen. Ein Großteil der tschechischen Politiker sahen die Zweidrittelmehrheit als ausreichend für eine politische Vorherrschaft in Böhmen an. Die in Böhmen lebenden Deutschen hingegen präferierten eine Lösung, die sie in eine Majorität bringen würde. Diese sollte entweder in einem größeren deutschsprachigen Staatsgebilde oder im Zuge einer Teilung Böhmens zumindest in einem geschlossenen deutschen Sprachgebiet verwirklicht werden. Nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik (1918) entstanden unter den Sudetendeutschen zweierlei tendenzielle Gruppen. Die eine Gruppe nahm innenpolitische Angebote der Tschechoslowakischen Republik im Zeichen der Bürgerblock - Regierung zur Aufnahme deutscher Politiker ins Kabinett an. Die andere Gruppe orientierte sich an nationalsozialistischen Vorstellungen Deutschlands. 1938 entschloß sich ein Großteil der Sudetendeutschen für ein definitives Auseinandergehen von Deutschen und Tschechen. Nach dem Münchner

⁹ vgl. Cvrk, F., „Problematika cesko – nemeckych vztahu v labske dopravě do 1. Svetove valky“, Zusammenfassung, In: Cechy a Sasko v proměnách dějin – Sachsen und Böhmen im Wandel der Geschichte, a.a.O., S. 242 f.

Abkommen mußte die Tschechoslowakische Republik die überwiegend von Deutschen bewohnten Gebiete im Norden und Westen des Landes an Deutschland abtreten. Weitere Teile fielen an Ungarn und Polen. 1939 wurde ein unabhängiger slowakischer Staat mit Unterstützung der deutschen Reichsregierung ausgerufen. Die restlichen Gebiete von Böhmen und Mähren wurden von deutschen Truppen besetzt und zum Protektorat Böhmen und Mähren erklärt. Damit war das Münchner Abkommen gebrochen. Seibt schreibt zur Situation im Protektorat unter anderem im Zusammenhang mit dem Geschehen im zentralen Ghetto Theresienstadt:

"77279 Namen stehen an den Wänden der Prager Pinkas - Synagoge. Es sind die Opfer des Massenmordes an den Juden aus Böhmen und Mähren – und sind doch tschechische Namen und deutsche Namen. Sie zeugen nicht nur von dem Unfaßbaren, das in Böhmen tausend- und abertausendmal geschah in diesen Jahren, ...sie geben auch Kunde von einem eigenartig tragischen Reflex in dieser unsinnigen Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Tschechen, von dem Dilemma, in dem sich ein paar hunderttausend Menschen, nach jahrhundertelanger Verfremdung allmählich ´emanzipiert´, dem einen oder dem anderen der beiden Völker zugewandt hatten, seine Sprache übernahmen und sich seine Namen geben ließen.“¹⁰

Nach Beendigung des II. Weltkrieges wurde dies tschechischerseits 1945/46 mit der Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen beantwortet.

Dabei wurden die möglichen Vorgehensweisen, die auf der Grundlage des Kosicer Programms erfolgen sollten, unter den Bedingungen eines entfachten Nationalgefühls von dem größten Teil der tschechischen Bevölkerung oft überschritten. „Das Vorgehen militärischer Gruppen, Sicherheits- und Ordnungsformationen und revolutionärer Garden gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung war in dieser Zeit an vielen Orten vollkommen kompromißlos und

¹⁰ Seibt, F., „Deutschland und die Tschechen – Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas, R. Piper GmbH & Co. KG, München 1993, S. 348 f.

sehr hart. Bei der Vorbereitung und Durchführung der örtlichen Aussiedlung kam es in einer Reihe von Fällen zu Gewalttätigkeiten an der deutschen Bevölkerung.“¹¹

In der weiteren Folgezeit wurde das ehemals deutschsprachige Siedlungsgebiet jenseits der nach dem II. Weltkrieg nicht neu festgesetzten, sondern in ihrem ursprünglichen Verlauf bestätigten Grenze¹² durch Tschechen neu besiedelt. Teile der aus diesem Gebiet vertriebenen deutschen Bevölkerung leben heute im nordöstlichen bayrischen Teil der Bundesrepublik Deutschland. Nur wenige fanden in Sachsen eine neue Heimat.

Die Beziehungen zwischen Sachsen und Böhmen in den darauf folgenden mehr als 40 Jahren waren gekennzeichnet von einer „verordneten Freundschaft“ zwischen den „sozialistischen Bruderländern DDR und CSSR“. Insbesondere die Kontakte zwischen kommunalen Verantwortungsträgern wurden unter Führung der SED und der KPC organisiert. Dabei wurden „Partnerschaften“ zwischen Territorien vorgeschrieben, die oft keinen räumlichen Bezug miteinander hatten. So waren z.B. die Partnergebiete des ehemaligen Bezirkes Dresden und der dazugehörigen Kreise der mehrische Bezirk Ostrava. Kontakte zwischen Städten, Gemeinden und Landkreisen im unmittelbaren Grenzgebiet gab es nur vereinzelt. So bestanden unter anderem bereits in dieser Zeit Verbindungen auf verschiedenen Gebieten (z.B. Kultur und Sport) zwischen Pirna und Decin. Eine lokale und regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit nach europäischer Definition gab es jedoch nicht. Dies bestätigen auch Bystricky, Jiru, Pelant, Vanova und Weska in dem sie aus der Beurteilung von Archivdokumenten heraus zu dem Resümee kommen, daß die offiziellen „freundschaftlichen“ Kontakte sehr oft formell und von der politischen Zielgerichtetheit der Zeit gekennzeichnet waren. An Beispielen von gegenseitigen Beziehungen etwa von Hochschulen, so der Technischen und Pädagogischen Hochschule Pilsen und Hochschuleinrichtungen in Dresden, Leipzig, Karl-Marx-Stadt, oder von Theatern zwischen den genannten Städten, wird jedoch auch von einem Charakter der Sachbezogenheit im Rahmen von Studienaufenthalten, der Teilnahme

¹¹ Radvanovsky, Z., „Ceske pohranici a Sasko v letech 1938 – 1946“, Zusammenfassung, In: Cechy a Sasko v promenach dejin – Sachsen und Böhmen im Wandel der Geschichte, a.a.O., S.298

¹² vgl. die von den Alliierten geprägte Formulierung „Deutschland in den Grenzen vom 31.12.1937“ und den „Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik“ vom 11.12.1973, mit Zustimmungsgesetz vom 12.07.1974 in: BGBl. 1974 II, S. 989 ff.

an wissenschaftlichen Konferenzen, von Gastauftritten etc. berichtet.¹³ Die wirtschaftlichen Beziehungen wurden nach den vereinbarten Regelungen des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) durch spezielle staatliche Außenhandelsbetriebe geführt.

Ungeachtet aller bestandenen Hemmnisse entstanden jedoch auch wieder neue Beziehungen zwischen den Menschen. Schließlich war die CSSR eines der wenigen Reiseländer für die Menschen in der DDR und umgekehrt. Die landschaftlichen Schönheiten und kulturellen Sehenswürdigkeiten dieseits und jenseits der Grenze bildeten unter anderem den Ausgangspunkt für grenzüberschreitenden Tourismus und Reiseverkehr. Zu den Hemmnissen zählten vor allem aus wirtschaftlichen Gründen die Einführung von Tageshöchstumtauschsätzen für die jeweils andere Währung und die kurzzeitige Wiedereinführung der Visapflicht nach dem „Prager Frühling“ 1968.

Indirekt belastet hat die Beziehungen zwischen Sachsen und Böhmen auch in dieser Zeit die Tabuisierung des Lebens und der Vertreibung von Sudetendeutschen in den Grenzgebieten der ehemaligen Tschechei. Tatsächlich belastet haben die Beziehungen, auch unter den Bedingungen des „real existierenden Sozialismus“, der 1968 stattgefundenen Einmarsch von Truppen des „Warschauer Paktes“, in die CSSR. Dieser verhinderte die seinerzeit durch einen Reformflügel in der Kommunistischen Partei der CSSR angestrebte Liberalisierung des Regimes und Ansätze einer Wirtschaftsreform, von denen eine Gefährdung des Herrschaftssystems in anderen kommunistischen Staaten befürchtet wurde.

Prinzipiell kann jedoch seit 1972 von einem vergleichsweise großzügigem Grenzreglement gesprochen werden, „das die Grundlage für einen lebhaften beiderseitigen Besucherverkehr bildete, der sich mit touristischen und Einkaufsfahrten bis heute fortsetzt.“¹⁴

¹³ vgl. Bystricky, V., Jiru, R., Pelant, J., Vanova, L., Waska, K., „Prameny k dejinam Saska ve Statnim oblastnim archivu v Plzni“, Zusammenfassung, In: Cechy a Sasko v promenach dejin – Sachsen und Böhmen im Wandel der Geschichte, a.a.O., S. 113

¹⁴ Kowalke, H., Die neuen Euroregionen an der östlichen Außengrenze der Europäischen Union, In: Die Euroregionen im Osten Deutschlands, Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Band 55, Duncker & Humblot, Berlin 1997, S. 14

3. Der politische Umbruch in den ehemaligen Ostblockstaaten

1989 ergriff die Erneuerungsbewegung im Ostblock, nach einigen zaghaften Anfängen in Ungarn und Polen und nach dem nicht mehr in Frage zu stellenden Reform- und Veränderungswillen Gorbatschows, ausgehend von Ostdeutschland auch die Tschechoslowakei. Anhaltende Großdemonstrationen in Ost - Berlin, Leipzig, Dresden, später auch in Prag und in vielen anderen Orten führten schließlich zu Rücktritten der Partei- und Staatsführungen.

Zwischenzeitlich ahnten viele DDR-Bürger, unter ihnen viele Sachsen, die Chance zur Flucht in den für sie visafreien sozialistischen Nachbarstaaten, Ungarn, Polen oder auch der Tschechoslowakei. Sie erfüllte sich für die Flüchtlinge in der Prager Botschaft Ende September 1989 nach einerseits argwöhnischer aber auch andererseits tolleranter Beobachtung durch den Staat der CSSR und seiner Polizeikräfte. Nur dem Bruchteil einer historischen Sekunde, der fehlenden Einflußnahme sowjetischen Militärs im noch bestehenden Ostblock war es zu verdanken, daß die Beziehungen zwischen West- und Osteuropa und darin eingeschlossen die Beziehungen zwischen Sachsen und Böhmen auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden konnten. „Wo zuvor fast völlig geschlossene Grenzen das östliche vom westlichen Europa trennten, öffneten sich die Grenzen für vielfältige neue Austauschbeziehungen. Besonders für Deutschland war das Verhältnis zu seinen östlichen Nachbarn neu zu definieren.“¹⁵

4. Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Assoziierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik

In den „Zwei – plus – Vier – Verhandlungen“ schufen die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und die vier Garantiemächte die Voraussetzungen für ein vereintes Deutschland. Im Juli 1990 wird von der sowjetischen Führung mit der Zustimmung für eine Gesamtmitgliedschaft Deutschlands zur NATO der Weg zur deutschen Einheit freigemacht. Im September unterzeichnen die Außenminister der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der Bundesrepublik

¹⁵ Kowalke. H., „Die neuen Euroregionen an der östlichen Außengrenze der Europäischen Union, In: Die Euroregionen im Osten Deutschlands, Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, a.a.O., S. 13

Deutschland und der DDR das Abschlußdokument der „Zwei – plus – Vier – Verhandlungen“. Damit werden die Endgültigkeit der bestehenden Grenzen festgeschrieben, dem vereinten Deutschland die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten eingeräumt und somit ein Schlußstrich unter 45 Jahre Nachkriegsgeschichte gezogen. Innenpolitisch wird der Einigungsvertrag vorbereitet und am 31. August unterzeichnet. Am 03. Oktober tritt die DDR der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des deutschen Grundgesetzes bei.

Unterdessen bildete sich in der Tschechoslowakei eine neue Regierung unter Beteiligung der bisherigen Opposition heraus. 1990 erfolgte die Umbenennung des Landes in Tschechische und Slowakische Föderative Republik. Damit waren die äußeren Voraussetzung für eine völlige Neuordnung der Beziehungen zwischen Deutschland und seinem östlichen Nachbarn gegeben. Diese fanden ihren Niederschlag in dem am 27.02.1992 abgeschlossenen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik.¹⁶ Schon bald begannen die Assoziationsverhandlungen mit der Europäischen Union, die 1993 mit dem Abschluß eines entsprechenden Europa-Abkommens¹⁷ vorerst ihren Höhepunkt erreichten. Zum 01.01.1993 erfolgte die Teilung der Tschechischen und Slowakischen Republik. Seit dem verfolgen beide Staaten separat die Aufnahme in die Europäische Union.

Ebenfalls 1993 wurde während der Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen prinzipiell die Osterweiterung der Europäischen Union beschlossen. Damit stellte die Europäische Union allen assoziierten Ländern Mittel- und Osteuropas den Beitritt zur EU in Aussicht, wenn sie erforderliche wirtschaftliche und politische Bedingungen erfüllen. Diese wurden in folgenden sogenannten Kopenhagener Kriterien formuliert:

- Verwirklichung institutioneller Veränderungen bezüglich der Sicherung einer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung;
- Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten;

¹⁶ vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CSFR über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 27.02.1992 mit Zustimmungsgesetz vom 09.07.1992 in: BGBl. 1992 II, S. 462 ff.

¹⁷ vgl. (Europaabkommen)

- Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft, die dem Wettbewerbsdruck und den bestehenden europäischen Marktkräften standhält;
- Übernahme der aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen (z.B. Schengener Abkommen);
- Akzeptanz der Ziele der politischen sowie der Wirtschafts- und Währungsunion.

1995 hat die Kommission dem Europäischen Rat von Madrid einen vorläufigen Bericht mit den Vorteilen einer Osterweiterung vorgelegt. Anschließend erarbeitete sie in dessen Auftrag eine umfassende Analyse zu den Auswirkungen einer Osterweiterung, die im Juli 1997 verabschiedete "Agenda 2000", die darüber hinaus umfassende Stellungnahmen zu den Beitrittsanträgen der inzwischen zehn assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas enthält. Ausgehend davon und unter Berücksichtigung der Kopenhagener Kriterien wurde die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit fünf Ländern Osteuropas, darunter der Tschechischen Republik, vorgeschlagen.¹⁸ Die Tschechische Republik könnte also, bei sicher deutlich verstärkten Bemühungen, die mit speziell zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten Mitteln der EU im Rahmen von PHARE und anderen Fonds für beitriffsördernde Maßnahmen unterstützt werden, die Bedingungen für eine Mitgliedschaft innerhalb von fünf Jahren erfüllen. Eine weitere Erweiterung der EU ab dem Jahr 2002 wäre damit denkbar. Aber: Sowohl aufgrund des umfassenden Anpassungsbedarfes innerhalb der Tschechischen Republik als auch aufgrund der notwendigen Reformen innerhalb der Europäischen Union selbst, erscheint jedoch erst ein realistischer Beitrittstermin im Zeitraum zwischen 2003 und 2005 zu liegen.

5. Die Gründung der EUROREGION ELBE / LABE und die Vorstellungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene

Ausgehend von Erfahrungen der Grenzregionen in Westeuropa und entsprechenden Aktivitäten im Raum Oberlausitz/Niederschlesien sowie im Raum Unterfranken/Vogtland/Egerland entstand Mitte des Jahres 1991 auch in der Region Oberes Elbtal/Osterzgebirge/Nordböhmen der Gedanke zur Gründung einer Euroregion. Einbezogen darin waren zunächst die Vertreter der Städte Dresden und

¹⁸ Insgesamt wurde die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Estland, Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn empfohlen.

Usti n.L. sowie der Kreise Pirna, Sebnitz, Dippoldiswalde, Decin, Usti n.L. und Teplice. Sie stellten sich zum Ziel, eine „Euroregion Elbe“ ins Leben zu rufen. Ende des Jahres 1991 erweiterte sich der Kreis um die Landkreise Freital, Dresden-Land Meißen und Litomerice. Zur inhaltlichen Vorbereitung der künftigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurden insgesamt sieben Arbeitsgruppen gebildet.

Diese beschäftigten sich mit folgenden Themenbereichen:

1. Regionalentwicklung
2. Wirtschaftliche Entwicklung, Tourismus
3. Verkehr und Grenzübergänge
4. Umwelt- und Naturschutz
5. Gesundheits- und Sozialwesen
6. Kultur, Bildung, Sport
7. Katastrophenschutz

Ein Vorbereitungskomitee mit Vertretern aus allen beteiligten Kreisen und der beiden Städte beschäftigte sich mit notwendig zu schaffenden Strukturen, der Erarbeitung von Satzungen und einer grenzüberschreitenden Vereinbarung.

Am 24. Juni 1992 wurde nach nur neunmonatiger Vorbereitung die EUROREGION ELBE / LABE in Usti nad Labem gegründet. Diesem Gründungsakt vorausgegangen waren die Konstituierungen von zwei rechtsfähigen Kommunalverbänden. Auf tschechischer Seite war dies am 09. Juni 1992 der „Klub Euroregion Labe“. Ihm gehören mehr als 150 Städte und Gemeinden der oben bezeichneten nordböhmischen Landkreise an. Auf deutscher Seite wurde bereits am 20.05.1992 die „Kommunalgemeinschaft Euroregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge e.V.“ gegründet. Mitglieder in diesem Verein wurden die bereits in der Vorbereitungsphase einbezogenen sächsischen Landkreise und die Landeshauptstadt Dresden.

Die Gründungskonferenz der EUROREGION ELBE / LABE verabschiedete mit der Rahmenvereinbarung¹⁹ und den Ersten Überlegungen zur regionalen

¹⁹ vgl. Rahmenvereinbarung der EUROREGION ELBE / LABE vom 24. Juni 1992 i.d.F. vom 14. Februar 1995, Pirna/Usti n.L. 1995

grenzüberschreitenden Entwicklung²⁰ zunächst die wichtigsten Dokumente für die zu gestaltende grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Sie dokumentieren zugleich die Vorstellungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene. Diese bestehen in der Unterstützung der Entwicklungen vor allem bei:

- der Zusammenarbeit in Fragen der Regionalplanung
- der Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen in der Region
- der Hebung der Wirtschaftskraft und der Angleichung des Lebensstandards der Bevölkerung
- dem Ausbau und der Anpassung der grenzübergreifenden Infrastruktur
- der Zusammenarbeit im Brand- und Katastrophenschutz sowie im Rettungswesen
- dem Ausbau des grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehrs
- der Zusammenarbeit in Tourismus und Sport
- der Gestaltung des Kulturaustausches und der Pflege des gemeinsamen kulturellen Erbes
- der Verbesserung der Begegnungsmöglichkeiten der Menschen im Grenzgebiet
- der Zusammenarbeit im humanitären und sozialen Bereich sowie im Bildungswesen

Darüber hinaus unterstützt die Euroregion gemeindliche und andere Vorhaben im Rahmen dieser Zielvorstellungen sowie zur Integration der Tschechischen Republik in die Europäische Union. Ferner vertritt sie die Belange ihrer Mitglieder bei zuständigen Behörden und Stellen und tritt für die Schaffung von Staatsverträgen für eine verbindliche grenzübergreifende kommunale Zusammenarbeit ein. Vor allem im Anhang der Ersten Überlegungen zur regionalen grenzüberschreitenden Entwicklung werden diese Zielvorstellungen mit einer Reihe konkreter Maßnahmen und Projektideen untersetzt. Schließlich war dieses Dokument dann auch eine nicht unwesentliche Grundlage für das 1993 erarbeitete, Anfang 1994 im Rat der Euroregion bestätigte und vor den Wirtschaftsministerien des Freistaates Sachsen

²⁰ vgl. "Erste Überlegungen zur regionalen grenzüberschreitenden Entwicklung in der EUROREGONELBE / LABE" vom 24. Juni 1992, Pirna / Usti n.L. 1992

und der Tschechischen Republik verteidigte Grenzüberschreitende Entwicklungs- und Handlungskonzept.²¹

Auf der Grundlage dieses Konzeptes sowie unter Nutzung von Fördermöglichkeiten der Europäischen Union sowie des Freistaates Sachsen und der Tschechischen Republik ist es in den Folgejahren gelungen, ein Netzwerk der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der EUROREGION ELBE/LABE aufzubauen. Im Rahmen dessen arbeitete die Euroregion seit ihrer Gründung bis zum Ende des Jahres 1998 an insgesamt 269 Projekten, die eine öffentliche Förderung erfahren haben. Diese Projekte verkörpern insgesamt ein Gesamtkostenvolumen von rund 169 Mio. DM, an dem sich die Europäische Union mit mehr als 78 Mio. DM beteiligte.²²

Aber nicht nur durch geförderte Projekte wird das Netzwerk der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gestaltet. Auch gebildete Fachgruppen, die Mitglieder der Kommunalgemeinschaften, die Städte, Gemeinden und Landkreise führen eine Vielzahl von grenzüberschreitenden Beratungen, Maßnahmen und Veranstaltungen durch und tragen zu diesem Netzwerk bei. Schließlich gehören auch Begegnungen der Verbände und Vereine, der Kirchen und persönliche Kontakte der Einwohner zum grenzüberschreitenden Leben in der EUROREGION ELBE/LABE.

²¹ vgl. "Grenzüberschreitendes Entwicklungs- und Handlungskonzept der EUROREGION ELBE / LABE, Kommunalentwicklung Baden - Württemberg GmbH, Außenstelle Meißen, Februar 1994

²² vgl. Geschäftsbericht der EUROREGION ELBE/LABE, Pirna/Usti n.L. 1998

Publikationen der EUROREGION ELBE / LABE

Sachsen und Böhmen im Wandel der Geschichte 1993
Universität J.E. Purkyne, Usti n.L.

vergriffen

Die Euroregion Elbe / Labe, Impressionen aus Sachsen
und Böhmen
Christine Wiedner, Kreativ Verlag, 1996

Schutzgebühr: 10,00 DM

Kultur- und Sortkalender der EUROREGION ELBE / LABE
Teil 1: 1993 – 1999
Teil 2: I. – IV. Quartal 1993 – 1998
I. Quartal 1999

Schriftenreihe zur EUROREGION ELBE / LABE

Teil 1 Visionen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit
in der Gründungsphase der EUROREGION ELBE / LABE (1999)

in Vorbereitung:

Teil 2 Die Entwicklung der Rechtsgrundlagen für eine grenzübergreifende
Zusammenarbeit an der deutsch-tschechischen Grenze

Teil 3 Institutionelle Aspekte grenzüberschreitender Zusammenarbeit in der
EUROREGION ELBE / LABE

Teil 4 Die Möglichkeiten öffentlicher Förderung der grenzüberschreitenden
Zusammenarbeit

Teil 5 Ergebnisse der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in der
EUROREGION ELBE / LABE

EUROREGION ELBE / LABE - Vision und Wirklichkeit